



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaemmel, Otto: Zur Bismarck-Litteratur

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zur Bismarck-Litteratur

Don Otto Kaemmel



Unter den zahlreichen litterarischen Erscheinungen, die sich seit Fürst Bismarcks Tode mit ihm und seinem Wirken beschäftigen, nimmt der sechste Band des Bismarck-Jahrbuchs von Horst Kohl (Leipzig, Göschen, 1899) eine der ersten Stellen ein. Er enthält in seiner ersten Abteilung „Urkunden und Briefe,“ von diesen wieder ganze Gruppen und Reihen von Schreiben Bismarcks und bedeutender Zeitgenossen an ihn, die bei weitem ihrer Hauptmasse nach die Zeit vor 1871 betreffen. Das meiste Interesse erwecken darunter mehr oder weniger ausgedehnte und geschlossene Briefwechsel. Verhältnismäßig von geringer Bedeutung ist der zwischen Bismarck und Balan aus den Jahren 1855 bis 1858, also aus Bismarcks Frankfurter Zeit, dem noch einige vereinzelte Stücke aus den Jahren 1864, 1865 und 1873 beigelegt sind; sehr interessant und bedeutend dagegen ist die vom November 1861 bis in den Mai 1863 hierin fast lückenlose und ziemlich rege Korrespondenz zwischen Bismarck und Graf Bernstorff, denn sie zeigt uns Bismarck während seiner letzten Petersburger und seiner Pariser Thätigkeit und in den Anfängen seines Ministeriums, während Bernstorff anfangs sein Vorgesetzter als Minister des Auswärtigen, seit September 1862 sein Untergebener als Botschafter in London war. Die Briefe, fast ganz politischen Inhalts, sind häufig vertrauliche Privatmitteilungen zur Ergänzung gleichzeitiger amtlicher Berichte, die wohl auch manches sagen, was in diesen nicht stand. Wieder tritt dabei, selbst gegenüber einem keinesfalls unbedeutenden Manne, wie es Graf Bernstorff ohne Zweifel war, die ungeheure Überlegenheit Bismarcks hervor. Mit gleich souveräner Sicherheit durchschaut und beurteilt er die Verhältnisse fremder Höfe, wie die Dinge daheim und die verwickeltesten Weltverhältnisse. In Petersburg kündigte sich schon damals die Wendung an, die schließlich die russische Flotte nach Toulon, die französische nach Kronstadt führte. Nur Kaiser Alexander II. und einige Persönlichkeiten seiner Familie hielten noch an der traditionellen Freundschaft für Preußen fest, die übrige Hofgesellschaft ließ zwar die engen Beziehungen beider Höfe noch gelten, übertrug sie aber nicht mehr auf die beiden Staaten, wofür Bismarck vor allem die neue „nationale“ Bildung dieser Kreise seit Nikolaus I. verantwortlich macht, die sie der westeuropäischen Kultur entfremdet habe und ihnen doch, weil sie großen Aufgaben nicht mehr gewachsen seien, in allen Verwaltungszweigen deutsche Hilfsarbeiter unentbehrlich mache. Dabei herrschte infolge der Aufhebung der Leibeigenschaft (3. März 1861) in dem halbbrünierten Adel die tiefste Verstimmlung gegen den Kaiser, die gebildeten Klassen neigten zum Liberalismus, sodas man selbst mit Alexander Herzen (S. 111 steht verdruckt Henzen), dem verbannten Führer der radikalen Demokratie, verkehrte, und der alte Kanzler Graf Messelrode sich eigentlich nur noch auf die Armee verließ. Diese innern Angelegenheiten über-

wucherten selbst das Auswärtige Amt, Rußland war deshalb in der äußern Politik geradezu „neutralisiert,“ und Gortschakow strebte eigentlich nur noch danach, „die Fiktion großmächtlicher Beteiligung an der europäischen Politik lebendig zu erhalten.“ Aber gerade ihn beobachtete Bismarck schon damals mit regem Mißtrauen. Denn Gortschakows Ziel war seit dem Ende des Krimkriegs ein enges Einvernehmen mit Frankreich; daher wollte er im Einverständnis mit dem damaligen Statthalter von Polen, Marquis Wielopolski (einem unversöhnlichen Gegner der Deutschen und eifrigen Verfechter einer Ausöhnung zwischen Russen und Polen), den Polen aus Rücksicht auf die alten Sympathien Frankreichs für diese möglichst entgegenkommen.

Dieser Gefahr arbeitete Bismarck auch als Botschafter in Paris entgegen. Er wollte deshalb den Lieblingsgedanken Napoleons III., ein enges Bündnis mit Preußen zu schließen, über den sich dieser ihm gegenüber am 27. Juni 1862 in Fontainebleau eingehend aussprach (S. 152 f.), dem aber König Wilhelm widerstrebt, nicht ohne weiteres von der Hand weisen, um so weniger, als eben damals Fürst Metternich weitgehende Vollmachten erhalten hatte, um eine Annäherung Österreichs an Frankreich anzubahnen, als also die Gefahr eines französisch-österreichisch-russischen Bündnisses, der furchtbaren Koalition von 1757, wieder heraufstieg. Es war daher später einer der ersten glänzenden Erfolge der Bismarckischen Staatskunst, daß er durch die Februarkonvention von 1863 dieser deutschfeindlichen Politik Gortschakows eine ernste Niederlage bereitete und der antifranzösischen Partei am russischen Hofe, der hier eigentlich nur der Kaiser, die Generale und die Staatsmänner deutscher Abkunft anhängen, das Übergewicht verschaffte, ein Erfolg für ganz Deutschland, denn „Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee an der Weichsel, und jede Verlegenheit, die man Rußland in Polen bereitet, ist ein Zwang Rußlands zur Verständigung mit Frankreich,“ und „wir können den Rhein nicht halten, wenn wir Polen im Rücken haben“ (vom 9. März 1863, S. 173 f.).

Aber unter dem Drucke dieser Möglichkeit stand auch Bismarcks ganze spätere auswärtige Politik. Danach bemaß er das Verhältnis zu den deutschen Mittelstaaten und zu Österreich, das man behandeln müsse wie jede andre fremde Macht, stichfest „für die Phrasen vom Bruderkrieg“ (S. 165), zu dem jungen Königreich Italien, dessen Anerkennung er trotz der heimischen Opposition der Konservativen und Alexikalen eifrig empfahl, das man „erfinden“ müsse, wenn es nicht von selbst entstünde, weil sich „keine willkommnere Schöpfung für preußische Politik denken“ lasse (S. 121), endlich zu Dänemark, indem er rät, sich mit ihm auf Grund einer Teilung Schlesiens zu verständigen, da Napoleon III. darauf hinarbeite und Rußland wohl auch dafür zu haben sein werde, aber an einen Krieg nicht zu denken, „bevor wir nicht Dänemark auf der See gewachsen sind“; „mit drei oder vier Panzerschiffen wären wir in der Lage, sie [die Frage] zu erledigen“ (vom 16. Juni 1862, S. 147 f.).

Es ist natürlich, daß vom Standpunkte dieser hohen Warte aus für Bismarck die Parteikämpfe des „Konflikts“ mit dem starren Doktrinarismus und der Kurzsichtigkeit der Liberalen bei allen Macht- und Lebensfragen des Staats tief unten liegen und nur als Hemmnisse der großen Politik erscheinen, die in irgend welcher Weise beiseite geräumt werden müssen und nicht allzu tragisch zu nehmen sind. Er kommt immer wieder auf den Gedanken zurück, man solle das Abgeordnetenhaus nicht auflösen, sondern ruhig zusehen, wie es abwirksame, bis die Erkenntnis der Lage und der Absichten der Regierung im Lande durchdringe und so der Opposition der Boden entzogen werde. — Vom Mai 1863 bis 1871 kommt dann nur noch Bernstorff mit großen Unterbrechungen zu Worte, aber die freundschaftliche Wärme der

Empfindung dauert unvermindert fort, und Bernstorff begleitet die steigenden Erfolge seines Chefs mit lebendiger Sympathie.

Von den mitgeteilten Einzelbriefen Bismarcks sind menschlich weitaus die interessantesten neun Briefe an seinen Sohn Herbert von 1858 bis 1893, denn sie zeigen, wie sehr er sich auch zu dem Standpunkte eines Knaben herablassen konnte, und wie ihm inmitten der schwersten Kämpfe und Entscheidungen die einfache herzliche Empfindung für die Seinigen unverkümmert geblieben ist. Sie werden ohne Zweifel bei einer neuen Auflage der „Bismarckbriefe“ dort ihre Stelle finden.

Größere Gruppen von Briefen anderer an Bismarck rühren her von Savigny (1851 bis 1867), von dem Rabinettsrat M. Niebuhr 1851 bis 1855, dem Prinzen Friedrich Karl (über den Ankauf einiger Kosakenpferde) 1859, dem Minister Rudolf von Auerwald 1860 und 1861, und Noon 1861, 1868 und 1869; mit einzelnen Briefen sind vertreten König Wilhelm 1865 (Erhebung Bismarcks in den Grafenstand), Leopold von Gerlach 1857, Otto von Manteuffel 1858, von Werther 1859, Richard von Friesen 1872 (Dank für den Schwarzen Adlerorden), der württembergische Kriegsminister A. von Sadow, einer der feurigsten Vorkämpfer der deutschen Einheit, 1874 (bei seinem Rücktritt „jetzt, wo die eigne Militärverwaltung Württembergs — als entbehrlich und überflüssig immer mehr erscheint — ihre Behauptung fernerhin des höhern Zwecks entbehrt und sie als Selbstzweck ebenso zu verwerfen ist wie ihre Fortführung zum Scheine nur als gemeinschädlich in jeder Hinsicht, politisch, militärisch und moralisch, und schon durch die bloße Unwahrheit darin“), der amerikanische Gesandte Bancroft 1869, endlich die Witwe Benedek, die 1881 tief bewegt auf ein Beileidschreiben Bismarcks nach dem Tode ihres mißhandelten Gemahls (11. Juli) antwortet (vgl. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland II, 551).

Den Briefen angeschlossen sind einige Denkschriften oder denkschriftenartige Aufsätze. Von Bismarck selbst rühren her der Entwurf zu einer am Bundestage abzugebenden Erklärung Preußens gegen die allzustarke, daher unberechtigte Betonung der kleinstaatlichen Souveränität 1860 und das Konzept zu einem Briefe König Wilhelms an Napoleon III. über dessen beabsichtigte Einladung zu einem Kongreß der europäischen Fürsten in Paris (aus dem November 1863), von H. Wagener zwei längere Denkschriften von 1872 und 1874 über die einzuschlagende Sozialpolitik gegenüber dem Arbeiterstande, die schon Invaliden- und Altersversorgungsfragen unter Staatsverwaltung in Aussicht nehmen.

Die zweite Abteilung „Aufsätze“ enthält drei größere Stücke: eine vergleichende Abhandlung von Friedrich Neubauer in Halle über „Stein und Bismarck,“ eine zweite von Dr. von Petersdorff in Pfaffendorf bei Koblenz über „Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen und Treitschkes Politik,“ die sich die dankbare Aufgabe stellt, die politischen Anschauungen des großen Staatsmanns und des großen Historikers in ihren Übereinstimmungen und Abweichungen auf Grund dieser beiden Werke zu erörtern, endlich eine Arbeit des Herausgebers „Zur Bismarck-Litteratur,“ die uns nötigt, etwas länger bei ihr zu verweilen.

Wenn nämlich dabei zunächst schon der äußerliche Umstand einigermaßen befremdet, daß darin nur zwei Werke besprochen werden, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung von Joh. Benzler und die Tagebuchblätter von M. Busch (in der englischen Ausgabe), so macht die Art dieser Besprechung den unbefuglichen, um nicht zu sagen peinlichen Eindruck, daß sie durch Einflüsse bestimmt worden sei, die außerhalb der Aufgabe des Historikers liegen. Denn die selbstverständliche Erwartung, daß ein so gewissenhafter und sorgfältiger Forscher wie Horst Kohl diese beiden doch jedenfalls beachtenswerten Werke entweder selbst unbefangen und gründlich

würdigen oder diese Aufgabe einer berufenen, sachkundigen Feder anvertrauen werde, wird merkwürdigerweise durchaus nicht erfüllt. Bei Benzler begnügt sich der Herausgeber einfach damit, die „Authentizität“ der dort als von Bismarck herrührenden abgedruckten Artikel der Hamburger Nachrichten zu bestreiten, und fügt dazu einige Briefe und Erklärungen des Fürsten Herbert Bismarck vom 24. Oktober, 27. November und 9. Dezember 1898, in denen dieser übrigens nur gegen die Behauptung des Verlegers, alle mitgeteilten Aufsätze seien „authentisch,“ Verwahrung einlegt. Das ist doch schließlich ein Streit um Worte, denn die Authentizität des Wortlauts dieser Artikel hat niemals irgend jemand behauptet, die Authentizität des Inhalts aber hat Horst Kahl für die von ihm in den drei ersten Jahrgängen des Bismarck-Jahrbuchs veröffentlichten Artikel (im ganzen 156) selbst anerkannt (I, 327); er setzt sich also jetzt mit dieser seiner frühern Erklärung in Widerspruch, denn was von jenen 156 Artikeln gilt, das wird doch wohl auch von den spätern gelten. Nachdem der Streit auch in die Tagespresse getragen worden ist, wäre es dringend zu wünschen, daß der einzige, der den Beweis für die „Authentizität“ der von ihm dem Herausgeber Benzler bezeichneten Artikel, d. h. dafür, daß sie vom Fürsten Bismarck „inspiriert“ sind, erbringen kann, der Chefredakteur der Hamburger Nachrichten, Dr. H. Hofmann, diesen Beweis auch wirklich antritt. Eine allgemeine Ablehnung der „Authentizität“ in dem hier überhaupt möglichen Sinne von der andern Seite kann keinen Eindruck machen.

Viel schlimmer als Benzler und Hofmann kommt M. Busch weg. Allerdings hat der Herausgeber in seinem eignen, sehr kurzen Urteil nur die englische Ausgabe im Auge, aber er erstreckt es doch auch auf die ihm noch nicht vorliegende deutsche, wenn er Seite 314 schreibt: „Immerhin wird diese, auch wenn sie viele Fehler des Originalmanuskripts\*) verbessert haben sollte, an dem Charakter der Publikation nichts ändern können,“ er wendet also die Bezeichnungen, mit denen er die englische Übersetzung charakterisieren zu müssen glaubt, „Klatsch“ und „Pasquill“ im voraus auch auf das deutsche Original an. Es wäre nun von dem unzweifelhaft besten Kenner des Details der Bismarckischen Zeit wohl billig zu erwarten gewesen, daß er diese schwere Anklage wissenschaftlich begründet hätte; statt dessen begnügt er sich damit, „im Interesse der geschichtlichen Wahrheit“ eine Anzahl nicht kritisierender, sondern schlechtthin verurteilender Artikel der Hamburger Nachrichten und der Leipziger Neuesten Nachrichten abzudrucken. In der ersten Zeitung werden nur einige das Werk charakterisierende Behauptungen aufgestellt, keineswegs aber Beweise dafür beigebracht. Die Leipziger Neuesten Nachrichten oder vielmehr ihr Korrespondent, wie uns im Interesse der geschichtlichen Wahrheit Seite 320 ver-raten wird, Dr. Paul Viman in Berlin, von dem in den letzten Jahren einige Berichte aus Friedrichsruh durch die Zeitungen gegangen sind, bezichtigen Busch der Entstellung und Fälschung von Äußerungen des Fürsten, einer Menge von sachlichen Irrtümern, der widerrechtlichen Benutzung von Urkunden usw. und rufen auch den Geh. [Obermedizinal-] Rat Professor [Dr.] Schwentinger als Zeugen für diese Anklagen auf. Im ganzen will P. Viman „etwa dreihundert Falsa“ konstatiert haben, eine mythische Zahl, die von den Zeitungen in dem einer Mythe gegenüber allerdings gebührenden naiven Glauben mit einem gewissen behaglichen Schaudern vor solcher Verworfenheit unbesehen als erwiesene Thatsache weiter verbreitet worden ist. Es wäre ein Leichtes, die von ihm dann wirklich aufgeführten „Irrtümer,“ die gar sehr hinter dieser Zahl zurückbleiben, teils als wenig bedeutende

\*) Wir bemerken dabei, daß das „Originalmanuskript“ nicht die englische, sondern die deutsche Fassung ist, von der der englische Text nur eine verstümmelte Übersetzung giebt.

Versehen nachzuweisen, teils ganz in Rauch aufzulösen; um den Leser nicht noch mehr zu langweilen, begnügen wir uns mit einer ganz kleinen Auslese charakteristischer Blüten aus diesem Blumenstrauß. Es wird Busch z. B. ein schwerer Vorwurf daraus gemacht, daß er den Fürsten einmal (1863) von einem „Staatsrat“ sprechen lasse, wo es sich nur um ein „Conseil“ (der Minister, englisch council) handelt, wo also vermutlich der Fürst selbst das von ihm sonst mit Vorliebe gebrauchte Wort „Conseil“ einmal ungenau übersetzt hat, was auch aus Poschinger, Tischgespräche I, 99, hervorgeht; oder daß Busch 1879 den Kaiser Wilhelm an Bismarck einen „Bericht“ über die Zusammenkunft von Alexandrowo erstatten läßt, während doch sonst nach amtlichem Brauche der Minister dem Monarchen berichte, obwohl hier thatsächlich in Form eines Briefes ein Bericht des Kaisers gegeben worden ist! An andern Stellen, wo Herr Liman Busch ob seiner krassen Unwissenheit tadelt, beweist er nur seine eigne mangelhafte Kenntnis, so, wenn er meint, die Vorgeschichte des französischen Krieges 1870 liege schon so offen vor, daß man jede von der gewöhnlichen Erzählung abweichende, daher zunächst überraschende Nachricht als „Verwirrung der Begriffe“ bezeichnen könnte, oder, wenn er bei der Erzählung Buschs, König Ludwig II. von Bayern habe im Februar 1871 die Krone seinem Bruder Otto übertragen wollen, verächtlich ausruft: „Hat es je einen größern Unsinn gegeben?“ O ja, nämlich die Behauptung, daß das Unsinn sei, denn erst jüngst hat Louise von Kobell diese Absicht des Königs aus bester Quelle bestätigt (Deutsche Revue 1899, Januarheft S. 25 f.). Und wenn der Kritiker zuversichtlich sagt: „Die Memoiren [Bismarcks] werden ergeben, was Busch mißverstanden und gelogen hat,“ so kann man darauf nur trocken erwidern: „Die Gedanken und Erinnerungen haben ergeben, wie treu Busch berichtet hat.“ Wie wenig genau Liman es selbst zuweilen mit der Wahrheit nimmt, beweist die gelinde gesagt dreiste Vermutung, Busch habe wohl auch den berufenen Artikel in Schorers Familienblatt (1892) über die undankbare Behandlung Buchers durch Bismarck verfaßt, eine Vermutung, die er selbst dem Fürsten gegenüber ohne den Schatten eines Beweises zu äußern sich herausnahm, und die doch geradezu der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Aber genug hiervon. Wir fragen jetzt: Welches Recht hatten diese drei Kritiker, von denen zwei erst in den letzten Jahren gelegentliche Beziehungen zu Bismarck hatten und selbst der einzige, der ihm schon vor der Entlassung nahe stand, Dr. Schweninger, während der Zeit seiner großartigsten und fruchtbarsten Thätigkeit noch gar nicht mit ihm in Berührung gekommen und auch später schwerlich in seine politische Arbeit eingeweiht gewesen ist, über die Berichte eines Mannes den Stab zu brechen, der viel länger, viel mehr und viel intimer als sie alle gerade in der arbeitsvollsten und kampfreichsten Zeit mit dem Kanzler nicht nur verkehrt, ihn nicht nur auf Stunden oder Tage „interviewt,“ sondern mit ihm und für ihn aufopfernd gearbeitet hat? Welchen Wert hat ihr „psychologischer“ Gegenbeweis: weil das, was wir vom Fürsten an Urteilen und Berichten, die auch bei Busch vorkommen, gehört haben, nicht ganz mit dessen Angaben stimmt, anders gefärbt oder gewandt ist, so hat Busch gelogen! Als ob sich diese Urteile nicht ganz anders formen mußten mitten im Kampfe als in der rückschauenden Betrachtung! Wenn Herr Liman sagt: „Zu mir hat der Fürst sich so und so geäußert,“ so muß man ihm entgegen: „Zu Busch hat er früher so und so gesagt.“ Und warum in aller Welt sollen wir Liman mehr glauben als Busch? Auf Schweningers Urteil aber wirft es ein sonderbares Licht, wenn man weiß, daß er überhaupt nur einige wenige Male mit Busch in Friedrichsruh zusammen getroffen ist, nämlich im November 1883, im Oktober 1888 und im Mai 1893 (Tagebuchblätter III, 160 ff. 254. 260. 333; den Schlaganfall, den Schweninger benutzt, um den Wert der

Berichte von Busch anzuzweifeln, erlitt dieser beiläufig erst am 20. Mai 1890, III, 300), also nur selten Gelegenheit gehabt hat, seine Erinnerungen an Äußerungen des Fürsten mit den Aufzeichnungen Buschs zu vergleichen. Über den Vorwurf, Busch habe sich unbefugterweise geheime Staatsakten angeeignet, „vulgo gestohlen,“ ist kein Wort zu verlieren; darüber gab es nur einen Richter, und der schläft jetzt unter den Eichen des Sachsenwaldes.

Entsprach es nun wirklich dem innerlich und äußerlich monumentalen Charakter, den das Bismarck-Jahrbuch tragen soll und tragen will, dieses ganze leichte und gehässige Gerede unberufener Kritiker vor der Vergänglichkeit schlechten Zeitungspapiers zu retten und als historisches Dokument für die Zukunft aufzubewahren, weil diese Äußerungen angeblich „den durch dieses Pasquill (Buschs) allgemein hervorgerufenen Eindruck wieder spiegeln“? Mindestens hätten es „die geschichtliche Wahrheit“ und der alte juristische Grundsatz *audiatur et altera pars* gefordert, daß auch gegenteilige Äußerungen mitgeteilt worden wären, vor allem die in der Tagespresse vollkommen totgeschwiegene Kritik des litterarischen Zentralblatts Nr. 46 vom 19. November 1898 über die englische Ausgabe, die Duzende von Zeitungsartikeln aufwiegt. Jedenfalls haben wir zu erwarten, daß der nächste Jahrgang des Bismarck-Jahrbuchs eine unbefangene kritische Würdigung der nunmehr erschienenen deutschen Ausgabe aus berufener Feder bringt, mindestens die Urteile wiedergiebt, die inzwischen anerkannte wissenschaftliche Historiker wie Erich Marcks und Georg Kaufmann, nicht Journalisten, darüber gefällt haben. — Den Schluß des vorliegenden Jahrgangs bildet die „Chronik vom 1. Januar bis 31. Dezember 1898“ mit einigen Artikeln der Hamburger Nachrichten und mit Nachträgen zu frühern Bänden.

H. Kohls Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (Leipzig, Göschen, 1899) ist schon in der Nummer 14 der Grenzboten kurz charakterisiert worden. Hier sei noch erwähnt, daß eine Nachbildung der letzten von Lenbach in Pastell gemachten Porträtskizze (vom 4. Januar 1895) beigelegt ist, die einen eigentümlich milden, resignierten Ausdruck der bekannten Züge zeigt, wie er ihnen in frühern Jahren der Vollkraft nicht eigen war. Ein sehr willkommenes Hilfsmittel zu rascher Orientierung bietet H. Kohl in einer tabellarischen, rein chronologischen Übersicht: Denkwürdige Tage aus dem Leben des Fürsten Bismarck (1815 bis 1898, Leipzig, Pahl, 1898), das zugleich eine Ergänzung seiner großen Bismarckregesten ist, da diese mit der Entlassung des Kanzlers abschließen. Auch diesem solid ausgestatteten Büchlein ist das oben erwähnte Lenbachsche Porträt des Fürsten beigegeben. — Endlich hat auch der langjährige Arzt Bismarcks, Ernst Schweningen, einen kleinen Beitrag zu seiner Kenntnis geliefert: Dem Andenken Bismarcks (Leipzig, Hirzel, 1899). Leider befriedigt die kleine Schrift die Erwartungen wenig. Der erste Abschnitt „Wie Bismarcks Erinnerungen und Gedanken entstanden“ giebt nichts Eingehendes und kommt neben den von Busch überlieferten Nachrichten kaum in Betracht (siehe Grenzboten Nr. 14); selbst das Verdienst, das Schweningen an der Entstehung der Memoiren für sich in Anspruch nimmt, hat er wohl überschätzt. Interessanter ist der zweite Abschnitt: „Einiges über Bismarcks Leiden,“ aber ganz neu kann man hier nur die Nachricht nennen, daß der Fürst seit dem Oktober 1897 an dem sehr schmerzhaften Altersbrand im linken Fuße gelitten habe, was man mit vollem Rechte ihm und dem Publikum verheimlichte.

Zum Schluß erwähnen wir noch eine Reihe von Arbeiten zur Beurteilung Bismarcks. Geistreich, wengleich vom Standpunkte des langjährigsten politischen Gegners aus und ohne volles Verständnis für den Mann giebt der vor kurzem

verstorbene Abgeordnete Ludwig Bamberger in seinem Bismarck Posthumus (Berlin, Harmonie, 1899. Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Die Nation“) eine eingehende Würdigung der „Gedanken und Erinnerungen,“ die den stark subjektiven Charakter dieser Darstellung besonders betont, und eine ausführliche Besprechung der englischen Ausgabe von Busch, die trotz einer gewissen Antipathie gegen den Verfasser dem Werte des Buches im ganzen gerecht wird und es treffend als „einen weit angelegten Aufbau von Momentphotographien, man könnte sagen, Momentphonographien“ von „rücksichtslosem Naturalismus“ bezeichnet und zugiebt: „Die dem Kanzler nachgefolgten Äußerungen tragen durchweg den Stempel der Echtheit. Sie widersprechen auch durchaus nicht solchen, die andern nähern Beobachtern längst nicht neu waren“ (Seite 16 f.). Viel tiefer und gerechter haben drei unsrer namhaftesten Historiker Gustav Schmoller, Max Lenz und Erich Marcks in Aufsätzen und Reden, die jetzt zusammengesamt herausgegeben worden sind (Zu Bismarcks Gedächtnis. Von Gustav Schmoller, Max Lenz, Erich Marcks. Leipzig, Duncker und Humblot, 1899), das Wesen und Wirken Bismarcks zu beurteilen versucht; Marcks, der feinsinnige Biograph Wilhelms I., hat danach im Aprilheft der Deutschen Rundschau auch eine eindringende Darstellung seines Entwicklungsganges nach den Gedanken und Erinnerungen begonnen. In der Grundauffassung, daß Bismarck nicht nur von einer rein preußischen Interessenpolitik ausgegangen sei, sondern auch bis 1866 nur eine solche verfolgt und erst seitdem zum deutschen Staatsmann geworden sei, stimmt Marcks mit Lenz überein. Mir will scheinen, daß diese Auffassung die Wandlung zu spät ansetze, und schließlich: Preußen war vor 1866 das werdende Deutsche Reich, nicht ein Mittelstaat wie andre. Schmollers Verdienst ist, neben einer wundervollen, echt historischen Charakteristik der Persönlichkeit, die meisterhafte Würdigung der Stellung Bismarcks zur Volkswirtschafts- und Sozialpolitik.

So sehen wir die verschiedenartigsten Kräfte, berufne und unberufne, an der Arbeit, die Erkenntnis und Beurteilung der großartigen Erscheinung, die wir Bismarck nennen, zu fördern, aber nur berufnen und freiwaltenden Kräften, die sich bei aller Pietät keiner andern Zensur unterwerfen als der des wissenschaftlichen Urteils, wird ihre Lösung gelingen.



## Senectus loquax

Plaudereien eines alten Deutschen

13



Im Frühjahr 1854 siedelte ich mich in Wien an und wurde, wie das so vielen ergangen ist, sogleich von der Stadt bestrickt. Es war eine echte Frühlingszeit, alles grünte und blühte in strahlendem Sonnenschein, der auch die altersgrauen Mauern zu durchleuchten schien. Auf Gassen und Plätzen wogte eine frohbewegte Menge, und die längst in allen Sprachen verherrlichten frischen, „fischen“ Wienerinnen wiesen in den Farben ihrer Sommeranzüge, blau und weiß, auf den besondern